



Aktionsprogramm gegen überhöhte Preise

Resolution der CVP Schweiz, verabschiedet anlässlich der Delegiertenversammlung vom 15. September 2007 auf dem Säntis

Wir versenken die Hochpreisinsel: 10-Punkte-Programm gegen überhöhte Preise

Eine hohe Kaufkraft ist Teil der Lebensqualität. Im Vergleich mit Europa sind die Preise in der Schweiz zu hoch. Günstigere Produkte stärken die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und geben den Konsumentinnen und Konsumenten in unserem Land mehr Spielraum. Die CVP fordert vom Bundesrat ein 10-Punkte-Programm gegen überhöhte Preise:¹

1. Wir erleichtern den Import von EU-Produkten!

Wegen unzähligen schweizerischen Sondervorschriften, man nennt sie technische Handelshemmnisse, müssen heute zahlreiche Produkte speziell für den Schweizer Markt beschriftet, verpackt oder produziert werden. Das treibt die Importpreise ohne Nutzen für die Konsumenten in die Höhe. **Wir fordern eine zügige Einführung des „Cassis de Dijon-Prinzipes“**. Das Prinzip erleichtert die Einfuhr insofern, als dass alle Produkte, die in der EU zugelassen werden, ohne weitere schweizerische Auflagen auch bei uns verkauft werden können.



Wir nennen ein Beispiel: **Das gleiche Babynahrungs-Produkt kostet in der Schweiz 6.50 Franken, im benachbarten Ausland muss dafür bis zu 4.75 Franken weniger bezahlt werden.** Diese Unterschiede sind unter anderem darauf zurückzuführen, dass in der Schweiz nur der Aromazusatz Vanille zulässig ist, in der EU hingegen sind weitere Aromen erlaubt. Folglich können Grosserien für den grossen europäischen Markt mit entsprechend tiefen Stückkosten nicht unverändert in die Schweiz eingeführt werden. Mit der Einführung des Cassis de Dijon-Prinzipes könnte die Einfuhr von Babynahrung aus der EU zukünftig nicht mehr verhindert werden, nur weil hierzulande bestimmte Geschmacksrichtungen wie Erdbeer nicht vorgesehen sind.

Ein kleiner Ausnahmekatalog vom Cassis de Dijon-Prinzip soll für diejenigen Bereiche gelten, in denen die Schweiz bewusst einen höheren Standard verlangt als die EU (insbesondere in den Bereichen Konsumenten-, Gesundheits- und Umweltschutz). Weiter ist es der CVP wichtig, dass inländische Produzenten nicht strengeren Vorschriften unterliegen als ihre ausländische Konkurrenz.

2. Wir verhindern Missbräuche im Patentrecht!

Die CVP steht zu einem wirkungsvollen Patentschutz. Er garantiert und stärkt den Innovations- und Forschungsstandort Schweiz. Verhindert werden soll jedoch die missbräuchliche Anwendung des Patentrechts im Bereich der Parallelimporte. Missbräuchlich ist die Anwendung dann, wenn der Parallelimport eines Produktes durch das Patentrecht verhindert wird, obwohl nur ein untergeordneter Produktbestandteil (z.B. bei einem Velo einzig das Bremssystem) durch ein Patent geschützt ist.

- Wir fordern, dass der Missbrauchsartikel (Art. 9a Patentgesetz) auf sämtliche Produkte ausgeweitet wird.** Die geltende Regelung gilt nur für Waren, an der weitere Rechte des geistigen Eigentums (Marken- oder Urheberrechte) bestehen.
- Damit Parallelimporte nicht durch jahrelange Prozesse blockiert werden können, fordern wir, dass nicht der Parallelimporteur den Missbrauch beweisen muss. **Vielmehr soll derjenige, der die Parallelimporte verhindern will, das Gegenteil beweisen müssen.**

3. Wir beseitigen „Preis-Ausreisser“ bei den Originalmedikamenten und senken die Generika-Preise um 20%!

- Originalmedikamente:** Bei den Medikamentenpreisen spielt das Patentrecht und die staatliche Preisfestlegung eine wichtige Rolle. Wir stehen auch im Medikamentenbereich für einen wirkungsvollen Patentschutz ein. **Doch Preisunterschiede bei den Originalmedikamenten von über 15 Prozent zum benachbarten Ausland können wir nicht akzeptieren. Die CVP fordert Massnahmen, um diese „Ausreisser“ zu beseitigen:** Das BAG soll mit den pharmazeutischen Firmen eine Vereinbarung abschliessen, welche die Senkung der Medikamentenpreise vorsieht, die deutlich über dem europäischen Schnitt liegen.

¹ Die Fotos dienen lediglich der Veranschaulichung und stehen in keinem direkten Zusammenhang mit den Beispielen im Text.

- b. **Generika:** Gleichzeitig sind Generika in der Schweiz insgesamt massiv teurer als im Ausland. Hier könnten rund 257 Mio. CHF eingespart werden. **Die CVP fordert eine Preissenkung bei den Generika** durch das BAG: Dieses soll mit den pharmazeutischen Firmen eine Vereinbarung abschliessen, die eine Preissenkung der Generika auf das Durchschnittsniveau der Vergleichsländer vorsieht (= **Preissenkung von mindestens 20%**). Gleichzeitig fordert die CVP, dass sich die Rückerstattung durch die Krankenkassen jeweils am günstigsten Generika orientiert.



4. Wir senken die Baukosten!

- a. **Bauvorschriften vereinfachen:** Schweizweit könnten **bis zu 6 Mia. CHF im Jahr gespart** werden, wenn die formellen Bauvorschriften (Baubegriffe, Messweisen etc.) der Kantone und Gemeinden besser aufeinander abgestimmt wären. Zum Beispiel werden heute die Gebäudehöhen mit ungleichen Ellen gemessen oder der Begriff „Kellergeschoss“ auf x-fache Arten definiert. Das treibt die Planungskosten in die Höhe und erschwert eine Standardisierung und Industrialisierung des Bauens. **Wir fordern, dass die Definition der Baubegriffe und Messweisen schweizweit formell vereinheitlicht werden.** Die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe muss zügig umgesetzt und die formelle Harmonisierung auf weitere Bereiche ausgedehnt werden. Wenn die Kantone bis Ende 2008 keine wesentlichen Fortschritte erzielen, muss der Bund einen Mantelerlass mit den wichtigsten formellen Normen erlassen.
- b. **Boden besser nutzen, dichter bauen:** Restriktiv festgelegte Ausnützungsziffern erschweren einen haushälterischen Umgang mit dem Boden und verteuern das Bauen zusätzlich. Zur Förderung des verdichteten Bauens verlangen wir, dass die Ausnützungsziffern auf kantonaler und lokaler Ebene überprüft und allenfalls gelockert werden. In Agglomerationsgebieten ist zu prüfen, ob die Ausnützungsziffern gänzlich aufgehoben werden sollen.

5. Wir senken die Mieten!



Verglichen mit der Schweiz bezahlen Mieter in Deutschland und Frankreich rund einen Drittel weniger, in Österreich und Italien sind es sogar 50 Prozent. Nebst den hohen Baukosten trägt auch die Koppelung der Mietzinsen an die Hypothekarzinsen zu unseren hohen Mietpreisen bei: Während die Mietzinsen bei steigenden Hypothekarzinsen meist zügig angehoben werden, werden Mietzinssenkungen bei sinkenden Hypothekarzinsen nur zögerlich vorgenommen. **Wir fordern eine möglichst weitgehende**

Entkoppelung der Mietzinsen von den Hypothekarzinsen. Statt an den Hypothekarzinsen sollen sich die Mietzinsen an der allgemeinen Preisentwicklung (z.B. Landesindex der Konsumentenpreise) orientieren.

6. Wir senken die Preise beim Güter- und Personenverkehr!

Der öffentliche Verkehr (insbesondere Güterverkehr) ist im internationalen Vergleich zu teuer, was unserem Interesse an einer nachhaltigen Verkehrspolitik bzw. Verlagerungspolitik entgegen läuft.

- a. **Güterverkehr:** Die Schweizer Trassenpreise im Güterverkehr sind im internationalen Vergleich hoch: Der Transport von 2000 Tonnen auf der Schiene kostet in der **Schweiz** zwischen **9.50 – 11.50 CHF** pro Zugkilometer. In **Deutschland** beträgt dieser Preis zwischen **3.80 – 6.70 CHF**, in **Frankreich** sogar nur zwischen **0.80 – 3.80 CHF**. **Wir wollen, dass die Trassenpreise im Güterverkehr in der Schweiz auf europäisches Niveau gesenkt werden.**
- b. **Personenverkehr:** Auch beim Personenverkehr sind die Preise insgesamt zu hoch und zu wenig transparent. Wir fordern, dass der Preisüberwacher die Tarife des öffentlichen Personenverkehrs (Nah- und Fernverkehr) untersucht und Massnahmen aufzeigt, wie sich die Schweiz den europäischen Durchschnittspreisen annähern kann.



7. Wir senken die Preise beim Fest- und Mobilnetz sowie beim Internet!



Selbst wenn die Preise im Bereich der Telekommunikation bereits gefallen sind, zahlen wir in der Schweiz nach wie vor mehr als im benachbarten Ausland: Beim **Mobilfunk** sind die Preise insgesamt **über 30% höher** als der europäische Durchschnitt. Beim **Roaming** besteht ein Einsparpotential von **bis zu 215 Mio. CHF**. Für die Nutzung von **ADSL** bezahlen wir ebenfalls **deutlich mehr**. Und die Preise beim **Festnetz** sind in der Schweiz um **12% höher** als

im benachbarten Ausland.

- a. Bei der Entbündelung der letzten Meile fordern wir, dass der Anschlusspreis (Festnetzbereich) auf europäisches Niveau gesenkt wird (Reduktion von 31 CHF auf 17 CHF).
- b. Mobiltelefongesprächen zwischen den Netzen verschiedener Anbieter kosten heute rund 10 Mal mehr als Gespräche im gleichen Netz. Das führt zu einer Wettbewerbsbehinderung, es profitiert immer der grösste Anbieter, die kleineren verlieren. Wir fordern eine Anpassung im FMG, die es der COMCOM erlaubt, das Problem zu lösen.
- c. Wir fordern von der weko einen schnellen Entscheid für die Senkung der ADSL-Grosshandelspreise, damit die Endkundenpreise endlich auf europäisches Niveau sinken.
- d. Die COMCOM und das BAKOM sollen darauf hinwirken, dass auch die Schweizer Mobilfunkanbieter von den tieferen Einkaufskonditionen für internationales Roaming profitieren, so dass die in der EU eingeführten Preissenkungen auch an die Schweizer Kunden weitergegeben werden können. Wir fordern zudem, dass hier mittels Benchmarking und Preisvergleichen mit dem europäischen Ausland mehr Transparenz geschaffen wird.

8. Wir wehren uns gegen Preiserhöhungen beim Schweizer Pass!

Die Ausstellung amtlicher Dokumente darf sich nicht ständig weiter verteuern. Besonders stossend ist die Preisentwicklung beim Pass: Auch wenn unser Pass mit immer neuen Sicherheitstechniken (elektronische biometrische Daten) ausgerüstet wird, dürfen die höheren Kosten nicht einfach den Bürgerinnen und Bürgern weiterverrechnet werden. Der „Pass 06“ (Pilotprojekt), der demnächst Standard werden soll, lässt mit seinem stolzen Preis von 250 CHF („Pass 03“ 120 CHF) erahnen, was dieser Ausweis in Zukunft kosten könnte. **Wir fordern ein Preismoratorium für den Schweizer Pass auf dem Stand von 2000.**



9. Wir sorgen für weniger Bürokratie!

Rund **7 Mia. CHF** müssen Unternehmen und Private jährlich für die Bewältigung administrativer Lasten (Bewilligungen einholen, Statistiken ausfüllen, Mehrwertsteuer abrechnen etc.) ausgeben. Diese administrativen Belastungen müssen massiv reduziert werden:

- a. **Weniger Bewilligungen:** Der Bundesrat soll – wie im EVD bereits erfolgt - **sämtliche bundesrechtliche Bewilligungen überprüfen und nach Möglichkeit abschaffen oder straffen**. Gleichzeitig sind die Tarife dieser Bewilligungen zu überdenken. Zudem muss er die technischen Voraussetzungen schaffen und tarifliche Anreize bieten, damit die bundesrechtlichen Bewilligungen künftig per Internet eingeholt werden können.
- b. **Mehrwertsteuer vereinfachen:** **Wir fordern vom Bundesrat bis Ende Jahr die Botschaft zur Revision der Mehrwertsteuer**. Falls nötig sind die technischen Vereinfachungen („Modul Steuergesetz“) von der Gesamtvorlage abzutrennen und als einzelne Revision ins Parlament zu bringen.
- c. **Gesetzessammlung „entrümpeln“:** Der Bundesrat hat kürzlich beschlossen, über 80 Erlasse ganz oder teilweise aufzuheben. Diese „Entrümpelung“ der Gesetzessammlung geht auf einen Vorstoss der CVP zurück. Wir fordern vom Bundesrat den Weiterzug dieses Projekts.

10. Wir sorgen für ein griffiges Kartellrecht!

Wir fordern vom Bundesrat bis Ende 2008 einen Bericht ans Parlament über die Wirkungen und Lücken des neuen Kartellrechts, welches seit April 2004 in Kraft ist. In Aussicht gestellt ist dieser Bericht erst 2009 – **wir erwarten ein beschleunigtes Vorgehen**.